ten Todestag Kim Il-sungs im Juli 1997 den Beginn einer neuen Zeitrechnung mit Kims Geburtsjahr 1912 als "Jahr 1". Für ein dramatisches Finale sorgt *Aidan Foster-Carter* (Universität Leeds) mit der provokanten Frage "How Long Can North Korea Go on like This?". Er bekennt sich als "collapsionist" und gibt die ebenso provozierende Antwort "Why not 2000?"
Mit der schon erwähnten Bibliographie und einigen Tabellen im Anhang liegt hier ein äußerst informatives und lesenswertes Buch vor.

Karl Leuteritz

Rupert F.J. Pritzl
Korruption und Rent-Seeking in Lateinamerika
Zur Politischen Ökonomie autoritärer politischer Systeme
Nomos-Verlag, Baden-Baden, 1997, 338 S., DM 78,--

Seit einigen Jahren wird dem Problem der Korruption vermehrte politische Aufmerksamkeit zuteil. Dies rührt nicht daher, daß sich die Ausmaße dieses weltweit anzutreffenden Phänomens in jüngster Zeit merklich vergrößert haben, sondern geht primär auf veränderte internationale Rahmenbedingungen zurück, unter denen das Ende des Ost-West-Gegensatzes als wichtigster Faktor gelten kann: Die globale Rivalität um Verbündete und Einflußzonen im Zeichen des Kalten Krieges folgte einem primär realpolitischen Kalkül, das auch auf Seiten des Westens die Kooperation mit einer Reihe maroder Regime implizierte, deren undemokratischer Charakter und systematische *bad governance* aus geopolitisch-strategischen Gründen weitgehend ignoriert wurden. Die von derlei Rücksichtnahmen befreite neue Haltung gegenüber dem Korruptionsproblem kommt u.a. in dem vor kurzer Zeit von der OECD gefaßten Beschluß zum Ausdruck, der die (von vielen westlichen Firmen im internationalen Wettbewerb häufig praktizierte) Bestechung fremder Amtsträger zu einem Straftatbestand erklärt.
Auch wenn das Thema schon zuvor das Interesse von Sozialwissenschaftlern zu wecken vermochte, hat die veränderte Einschätzung der Korruption im öffentlichen Diskurs auch in der Forschung verstärkte Bemühungen zur Analyse des Phänomens ausgelöst.
Die hier anzuzeigende Monographie, die sich der Korruption im lateinamerikanischen Raum widmet, beruht auf der Dissertation des Verfassers. Pritzl möchte in seiner Untersuchung den Nachweis erbringen, daß Korruption und Rent-Seeking in vielen autoritären Systemen von den Regierenden systematisch praktiziert werden, um sich an der Macht zu halten und persönlich zu bereichern. Er vermutet in solchen Praktiken die wesentlichen Ursachen für die ausbleibenden Entwicklungserfolge bzw. die anhaltende Unterentwicklung. Da ihn primär die entwicklungsschädlichen Auswirkungen des Rent-Seeking unter

https://doi.org/10.5771/0506-7286-1998-3-410 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

autoritären politischen Bedingungen interessieren, möchte er seine Studie auch als "Beitrag zu einer ökonomischen Theorie autoritärer politischer Systeme" (S. 21) verstanden wissen.
In Kapitel 2 stellt Pritzl den von im gewählten institutionenökonomischen Untersuchungsansatz vor. Die von ihm gepriesenen Vorteile und neuen Möglichkeiten dieses *approach* vermögen einen mit der politikwissenschaftlich und soziologisch orientierten Entwicklungsländerforschung vertrauten Leser kaum zu beeindrucken, da die von dieser Methode postulierte Einbeziehung des politisch-institutionellen Kontextes und Beachtung politischer und wirtschaftlicher Interdependenzen bei der Erforschung ökonomischer und gesellschaftlicher Prozesse wenig Originalität beanspruchen kann. Daher verpassen die nachfolgend ausführlich erläuterten Leitbegriffe und Konzepte der Institutionenökonomik (u.a. *property rights*-Ansatz, *Prinzipal-Agent*-Modell) mit der partiellen Ausnahme des Transaktionskosten-Ansatzes längst bekannten Sachverhalten denn auch lediglich ein neues Kleid, ohne daß der analytische Zugewinn einer solchen Vorgehensweise deutlich wird.
Die im dritten Kapitel thematisierte "Definition und Formen der Korruption" vermögen wegen der Trivialität zahlreicher Aussagen, aber auch aufgrund der mangelnden Systematik und Präzision der Ausführungen dem bisherigen Kenntnisstand wenig hinzuzufügen. Dabei erhält die für Drittwelt-Staaten typische und am weitesten verbreitete Korruptionsform, bei der keine eigentliche Dienstpflichtverletzung durch einen Amtsträger vorliegt, sondern mittels Bestechung eine staatliche Dienstleistung überhaupt erst erwirkt bzw. deren Ausführung beschleunigt wird, nur marginale Beachtung. Diese Spielart der Korruption wird zwar mehrfach gestreift, ohne daß der Autor deren Unvereinbarkeit mit seiner Definition des Phänomens ("Beteiligung an einer illegalen und die Amtspflichten verletzenden Handlung") problematisiert.
Schon nach wenigen Sätzen in Kapitel 4 ("Charakteristische Merkmale der politischen Kultur und der politischen Systeme der Länder Lateinamerikas") drängt sich der Eindruck auf, daß der Autor über die politischen Verhältnisse auf dem Subkontinent eher wenig informiert ist – ein Verdacht, der in den folgenden Erörterungen erhärtet wird und sich in späteren Kapiteln schließlich zur Gewißheit verdichtet. Die Aussagen sind häufig wenig schlüssig, nicht selten widersprüchlich und in mehreren Fällen irreführend bis schlichtweg falsch. Hier und in späteren Kapiteln wird nicht deutlich, welche zeitliche Dimension der Autor im Blick hat, da er in der Regel von autoritären Regimen spricht, die freilich in der gesamten Region seit der Redemokratisierungswelle der 80er Jahre in der traditionellen Form nicht mehr anzutreffen sind. Daß der demokratische Charakter vieler Regierungssysteme nicht zum Nennwert genommen werden darf und autoritären Handlungsweisen nach wie vor eine große politische Bedeutung zukommt, ist unbestritten; der Autor bemüht sich aber erst gar nicht um Differenzierungen, sondern stellt Aussagen zum Autoritarismus und zu demokratischen Systemen unvermittelt nebeneinander. Nach seiner Ansicht spielen Wahlen keine Rolle, und bei den Regierungssystemen handelt es sich "vielfach (*sic*!) eher (*sic*!) um ausgeprägt präsidiale als um parlamentarische Demokratien" (S. 66).
In Kapitel 5 präsentiert der Autor ein "individuelles wahltheoretisches Entscheidungskalkül über das Vornehmen einer korrupten Handlung". Über rd. 80 Seiten wird hierbei der Kor-

https://doi.org/10.5771/0506-7286-1998-3-410 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ruptionsvorgang in Einzelschritte zerlegt, wobei solche Begriffe und Konstrukte wie Nutzenvorteil, Vorteilhaftigkeitsgrenze, Bestechungsgegenleistung, Mißerfolgswahrscheinlichkeit, Strafkosten, moralische Kosten u.a. eingeführt und in der Regel durch Beispiele illustriert werden. Der große Aufwand steht in einem krassen Mißverhältnis zum Ertrag dieser Übung, der in der pseudowissenschaftlich verpackten trivialen Erkenntnis besteht, daß die Beteiligten dann eine korrupte Handlung vornehmen, wenn sie einen persönlichen Nutzen erwarten können und das Aufdeckungs- und Strafrisiko verhältnismäßig gering ist. Nicht nur, daß die Ausführungen eine Vielzahl von Binsenweisheiten enthalten, überdies stammen die angeführten Beispiele häufig nicht aus dem lateinamerikanischen Kontext, sondern beziehen sich auf Afrika oder Asien bzw. einzelne Länder dieser Regionen, in einigen Fällen auch auf Europa (z.B. auf S. 143: "Dieses Zitat paßt idealerweise auf die Situation in Lateinamerika, es handelt jedoch von Österreich.") Nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil Pritzl nur wenig Literatur von Regionalspezialisten berücksichtigt, dafür aber viele Publikationen, in denen Wirtschaftswissenschaftler die Entwicklungsländer allgemein behandeln, zeichnet er streckenweise eine schlimme Karikatur der politischen Wirklichkeit Lateinamerikas. Die von ihm beschriebene Korruption gleicht einem *worst case*-Szenario, das in dieser Form im zeitgenössischen Lateinamerika nicht existiert und auch früher allenfalls in Ausnahmefällen so oder ähnlich anzutreffen war.

Die Ungereimtheiten und die Kluft zwischen dem von Pritzl entworfenen Bild und der lateinamerikanischen Realität werden noch größer im folgenden Kapitel, das "Die öffentliche Korruption als illegales Rent-Seeking" zum Thema hat und gleichzeitig als "Beitrag zur politischen Ökonomie autoritärer politischer Systeme" verstanden werden will; letzteres muß schon allein deshalb als vermessener Anspruch gelten, weil der Autor dabei gänzlich ohne die Einbeziehung entsprechender (politikwissenschaftlicher) Fachliteratur (zum Autoritarismus in Lateinamerika) auszukommen glaubt. Nur im Ausnahmefall werden Aussagen getroffen, denen man eine gewisse Nähe zur politischen Situation in Lateinamerika attestieren kann. Selbst die konkreten Beispiele zu Lateinamerika bzw. einzelnen Ländern konterkarieren in der Art, wie sie präsentiert werden, zumeist den gewünschten Zweck, weil sie eher auf mangelnde denn hinreichende Vertrautheit des Autors mit zentralen sozioökonomischen und politischen Eigenarten des Subkontinents verweisen. In Pritzls Lateinamerika gibt es autoritäre Systeme, die sich durch "staatliche Allmacht" auszeichnen und in denen die Präsidenten ihre Nachfolger benennen. Dort dienen Verstaatlichungen zuvörderst der Ausweitung der Patronage- und Korruptionsmöglichkeiten (– daß seit geraumer Zeit in der gesamten Region umfangreiche Reprivatisierungen durchgeführt werden, wird nicht zur Kenntnis genommen –), die politische Rolle des Militärs wird perzipiert, als hätte sich die politische Situation seit den 70er Jahren nicht gewandelt, zudem werden den Streitkräften – wie anderen Institutionen auch – einige vor allem auf Afrika zutreffende Merkmale zugeschrieben. Die Konturen des Rent-Seeking-Konzepts sind in dem Dunst von Halbwahrheiten und Trivialitäten nicht zu erkennen; das Phänomen wird tendenziell mit (systemischer) Korruption gleichgesetzt und ihm werden ubiquitäre Qualitäten beigemessen, so daß es fast alle in Lateinamerika anzutreffenden Mißstände zu erklären vermag. So läßt sich nach

https://doi.org/10.5771/0506-7286-1998-3-410 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Pritzl auch der informelle Sektor auf Rent-Seeking-Aktivitäten zurückführen, weil es sich dabei um eine "politikbedingte Exklusion aus der Formalität" handele, die "primär auf Machtsicherungs- und Selbstbereicherungsmotiven der politisch Mächtigen beruht" (S. 243). Daher kann es auch nicht verwundern, daß der Autor im Rent-Seeking den zentralen Erklärungsfaktor für die anhaltende Unterentwicklung zu erkennen glaubt – eine Sichtweise, die Ursachen und Symptome verwechselt und gleichzeitig eine ahistorische Perzeption der Entwicklungsproblematik belegt. Nicht nur im Falle des "informellen Sektors", auch bei der Verwendung anderer gewichtiger Begriffe bzw. Theoreme (Klientelismus, strukturelle Gewalt u.a.) werden eher oberflächliche Kenntnisse der entsprechenden wissenschaftlichen Diskussion deutlich.

Im abschließenden Kapitel (7) geht der Autor auf "Möglichkeiten der Bekämpfung von Korruption und Rent-Seeking" ein. In wenig origineller Weise werden hier nun all jene Faktoren, die zuvor als wesentliche Schwächen und Defizite der politischen Systeme Lateinamerikas kenntlich gemacht wurden, in ihrer positiven Variante als Voraussetzungen zur Unterbindung von Korruption und Rent-Seeking vorgestellt. Wenn weiter oben u.a. die mangelnde Rechtsstaatlichkeit als idealer Kontext für korrupte Handlungen beschrieben wurde, empfiehlt Pritzl nun eine Effizienzsteigerung des Justizwesens als Mittel zur Unterdrückung dieser Mißstände. Das Versäumnis, dem Leser mitzuteilen, welcher politische Akteur unter den gegebenen Verhältnissen denn die zwecks Neutralisierung korruptionsträchtiger Strukturen vorgeschlagenen institutionellen Reformen (u.a. Durchsetzung der Menschen- und Bürgerrechte, eine wahrhafte Demokratisierung des politischen Systems, Einführung und Einhaltung marktwirtschaftlicher Prinzipien u.a.) initiieren und verwirklichen soll, wird durch den Hinweis auf die beträchtliche Zeitspanne, die ein solcher Wandel beansprucht, kaum relativiert.

Der Rezensent vermochte in keinem Teil der Abhandlung irgendwelche Lichtblicke auszumachen, die den negativen Gesamteindruck der Studie etwas korrigieren könnten. Pritzl wähnt sich in seinen Ausführungen in Lateinamerika, breitet im wesentlichen jedoch eine Perzeption aus, die sich eher mit den politischen Zuständen in Afrika verträgt. Seine zentrale These, daß Defizite im soziopolitischen Institutionensystem der Korruption förderlich sind, läßt sich kaum anzweifeln, die zahlreichen Korruptionsskandale in (institutionell gefestigten) Industrieländern deuten aber darauf hin, daß hier weitergehende Überlegungen notwendig sind.

Weiterhin ist zu bemängeln, daß der Autor sich eines äußerst redundanten Stils bedient, der durch die zahllosen Doppelungen und Überlappungen den roten Faden der Abhandlung oft nicht erkennen läßt. Außerdem praktiziert er ein inflationäres *name dropping*, das häufig zwanghaft daherkommt – weil es offensichtlich allein den Nachweis einer großen Belesenheit erbringen soll. Permanent werden wichtige und weniger renommierte Autoren mit ihren mehr oder minder originellen Begriffskreationen eingeführt, ohne daß der Gang der Erörterungen davon erkennbar profitieren würde. Oftmals nimmt das *name dropping* geradezu peinliche Züge an. U.a. muß ein Nobelpreisträger zur Abstützung der banalen

https://doi.org/10.5771/0506-7286-1998-3-410 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Aussage herhalten, daß für einen Reichen eine Haftstrafe mehr Nachteile mit sich bringt als eine Geldstrafe.
Als "normaler" Leser hätte der Rezensent das Buch nach rd. 40 Seiten enttäuscht zur Seite gelegt, letzterer kann ersterem nach der Qual der Lektüre des Gesamtwerkes aber guten Gewissens bestätigen, daß der erste Eindruck nicht getrogen hat.

Karl-Dieter Hoffmann

Jürgen Gerber
Georgien: Nationale Opposition und kommunistische Herrschaft seit 1956
Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1997, 314 S., DM 74,--

Die Dissertation von Gerber ist die erste deutschsprachige Monographie zur jüngeren georgischen Geschichte. Sie untersucht, welchen Einfluß der georgische Nationalismus auf die politische Entwicklung der Sowjetrepublik hatte. Diese Fragestellung scheint ungewöhnlich für einen Staat, in dem Nationalismus nach offizieller Schreibweise gar nicht existierte. Wie Gerber herausarbeitet, war ein georgischer Nationalismus jedoch stets existent. Mehr noch – seine Analyse zeigt, daß die Idee des Sozialismus kaum Einzug in die Kaukasusrepublik gehalten hat und eine Loyalität Georgiens gegenüber dem sowjetischen Gesamtstaat kaum bestand (S. 10, 243).
Aus zwei Gründen beginnt die Untersuchung im Jahre 1956: Zum einen schuf die Entstalinisierung neue Machtverhältnisse zwischen den Republiken und der Zentralgewalt, zum anderen kam es in Tbilisi als Reaktion auf die Geheimrede Chrustschows zu antisowjetischen Demonstrationen, die blutig niederschlagen wurden.
Dabei hatten sich etwa 50.000 Demonstranten aus Anlaß des dritten Todestages Stalins zu verbotenen Feierlichkeiten vor dem Stalindenkmal versammelt. Mehrere tausend Menschen belagerten im Anschluß das Regierungsgebäude und versuchten, zum Zentralkomitee (ZK) durchzubrechen. Die Demonstration wurde gewaltsam aufgelöst, wobei es zu mehreren hundert Toten und Verletzten kam. Gerber allerdings sieht in den Kundgebungen kein Wiederaufleben des Stalinismus, sondern ein Zusammenspiel von politischem Protest und nationalem Stolz (S. 35).
Wesentlich wird seine Darstellung durch Originaldokumente aus dem Parteiarchiv der Kommunistischen Partei (KP) Georgiens bereichert. Als erster Ausländer überhaupt hatte Gerber Zugang zu vielen unveröffentlichten Primärquellen und förderte Überraschendes zu Tage. Eine spannende Auswahl ist im Anhang abgedruckt.
Ohnehin hat Gerber umfangreiche Quellenarbeit geleistet: Dazu zählen zum einen die zahlreichen Interviews mit hochrangigen Persönlichkeiten Georgiens der Gegenwart, die Gerber zu Zeiten radikaler politischer Veränderungen durchgeführt hat (z.B. mit Zviad Gamsachurdia). Zum anderen hat der Autor Dokumente aus dem *Samisdat* ausgewertet.

https://doi.org/10.5771/0506-7286-1998-3-410 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY